

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

5.11.1929 (No. 258)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlicher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
E. Kneub,  
Karlsruhe

Bezugsvorteil: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Stenogramm. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerückgabe, zwangsweiser Belieferung, und Konfiskation sind von dem Rabatrabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Aufhebung, Nachdruck, Verletzung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Zur Erkrankung des Prinzen Max

Zur Aufzucht des Herrn Staatspräsidenten hat heute der Landrat in Konstanz in Vertretung des abwesenden Landeskommissars sich nach dem Befinden des Prinzen Max erkundigt und die besten Wünsche des Staatsministeriums auf baldige Genesung übermittelt.

#### Das Volksbegehren

Das vorläufige Ergebnis: 10,05 Proz.

Der Reichswahlleiter veröffentlicht das vorläufige Ergebnis des Eintragungsverfahrens zum Volksbegehren, an dem lediglich drei Gemeinden im Stimmkreis Magdeburg noch ausstehen, in Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der beiden vorhergehenden Volksbegehren. Hiernach haben sich von 41 278 897 Stimmberechtigten 4 147 725 Personen, d. h. 10,05 Proz. für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ eingetragen. Die Zahl der Eintragungen beim Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ betrug 1 216 986, d. h. 2,9 Proz., und diejenige beim Volksbegehren „Fürstentumsteigerung“, 12 536 839, d. h. 31,8 Proz.

Für die endgültige Feststellung des amtlichen Gesamtergebnisses wird, da die 10 Proz. der Stimmberechtigten nur sehr knapp überschritten sind, die Feststellung der behaupteten Unregelmäßigkeiten von erheblicher Bedeutung sein. Beschwerden, wie sie bereits in Ostpreußen und Bommern erhoben wurden, müssen von Stimmberechtigten bei dem zuständigen Kreiswahlausschuss, also beim Kreiswahlleiter, schriftlich eingereicht werden. Der Kreiswahlleiter ist verpflichtet, diese Beschwerden sofort nachzuprüfen. Im Bestätigungsfall wird die gesamte Liste der bisherigen Eintragungen ungültig.

Wie berichtet wird, haben in Ostpreußen und Bommern, aber auch anderswo, eine Anzahl von Abstimmungsberechtigten ihre Unterschrift zurückziehen wollen, als der Reichspräsident von Hindenburg die bekannte Erklärung zu § 4 des Volksbegehrens abgab. Diese Unterschrift ist ihnen verfassungswidrig verweigert worden. In allen den Fällen, wo eine solche Weigerung nachzuweisen ist, muß die Ungültigkeitserklärung der gesamten Liste erfolgen. Das gleiche gilt für die Fälle, wo die Liste nicht ordnungsgemäß ausgelegt, sondern zur Eintragung von Haus zu Haus, von Familie zu Familie gebracht worden ist. Spätestens am 20. November sollen die Kreiswahlausschüsse zu ihrer letzten feststellenden Sitzung zusammengetreten. Die Kreiswahlausschüsse sind angewiesen, ihr gesamtes Schlussmaterial zum 21. November dem Reichswahlleiter in Berlin zu überreichen. Hier erfolgt dann die Materialüberprüfung. Von dem Ergebnis der Nachprüfung über die Gültigkeit jeder Eintragung hängt in diesem Falle das grundsätzliche Gesamtergebnis ab, das durch den Reichswahlleiter Ende November festgestellt werden soll.

#### Die verfassungsmäßige Lage

Wenn das endgültige amtliche Ergebnis feststellt, daß das Volksbegehren von mehr als 10 Proz. der Stimmberechtigten unterschrieben wurde, ist die nächste Folge die, daß das darin verlangte Gesetz nunmehr pflichtgemäß von der Reichsregierung dem Reichstag vorzulegen ist. Dabei hat die Reichsregierung das Recht, zu dem Gesetz ihre Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Natürlich wird die Regierung dem Reichstag die Ablehnung des Gesetzes vorschlagen. Es ist auch sicher, daß eine Mehrheit des Reichstages gegen den Gesetzentwurf stimmt. Wenn die Regierung das Gesetz dem Reichstag vorlegt, hängt von ihr ab, Fristen sind in der Verfassung nicht angegeben. Außerdem entscheidet über den Zeitpunkt der Abstimmung des Reichstages über das Gesetz die Mehrheit des Reichstages nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Wenn das Gesetz im Reichstag abgelehnt oder auch nur verändert worden ist, muß, ohne daß die Möglichkeit einer Zurückziehung des Gesetzes noch besteht, der Volksentscheid stattfinden. Ein Volksentscheid ist eine einfache Abstimmung mit Ja oder Nein zu dem Gesetz. Die Abstimmung ist geheim und erfolgt in der Form, daß Zettel mit Ja oder Nein in einen Umschlag gelegt werden, und daß diese Umschläge verschlossen in eine Wahlurne geworfen werden. Wenn aber der Reichstag einen Beschluß gefaßt hat über ein Gesetz, dann kann dieser Beschluß nur dadurch außer Kraft gesetzt werden, daß sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Es müssen also bei einem solchen Volksentscheid etwa 21 Millionen zur Abstimmung erscheinen. Die Regierung kann aber mit den hinter ihr stehenden Parteien in der Rolle der Stimmenthaltung ausgehen. Das bedeutet dann in der Praxis, daß 21 Millionen einen Stimmzettel mit Ja abgeben müssen, wenn der Volksentscheid durchkommen soll.

Es besteht noch eine andere Möglichkeit für einen Volksentscheid, und zwar dann, wenn ein Drittel des Reichstages beschließt, daß die Verkündung der Gesetze über den Young-Plan ausgesetzt werden soll. In diesem Falle genügt beim Volksentscheid die einfache Mehrheit der Abstimmenden.

Dr. Bazille und Dr. Dehlinger haben sich eingetragen. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in Schwaben teilt in einer Pressemitteilung der dortigen Lokalpresse mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß beide deutschnationale Minister Württemberg, Bazille und Dehlinger, sich in die Listen für das Volksbegehren eingetragen haben.

### Letzte Nachrichten

#### Konflikt wegen der Ehescheidungsreform

##### Auszug der Zentrumsmitglieder aus dem Rechtsausschuss

W.D. Berlin, 5. Nov. (Tel.) Im Rechtsausschuss des Reichstages gab bei der Eröffnung der Sitzung Abg. Dr. Hell (Zentr.) eine Erklärung ab, in der die Stellungnahme seiner Parteifreunde gegen die Ehescheidungsreform dargelegt wurde. Sämtliche Zentrumsmitglieder verließen daraufhin den Sitzungssaal und werden sich vorläufig nicht weiter an den Beratungen über die Ehescheidungsreform beteiligen.

Der Ausschuss beabsichtigte, heute ab 10 Uhr sich mit der Ehescheidungsreform zu beschäftigen. Da aber infolge der gestrigen Erklärung der Bayerischen Volkspartei zu dieser Frage noch Beratungen innerhalb der einzelnen Fraktionen gepflogen wurden, wurde der Beginn der Sitzung um einige Zeit verschoben.

Außer dem Vertreter des Zentrums gaben auch die Vertreter der anderen Parteien Erklärungen über ihre prinzipielle Stellungnahme zur Ehescheidungsreform ab. Der Reichsjustizminister war nicht anwesend.

#### Der Konflikt in Polen

##### Mahnahmen zum Schutze des Sejms

W.D. Warschau, 5. Nov. (Tel.) Der Sejmarschall hat eine Reihe von Ausnahmeverordnungen getroffen, um das Sejmgebäude vor dem Eindringen Unberufener zu bewahren. Für die 400 Personen fassende Galerie sind nur 25 Plätze ausgedehnt worden. Sejmarschall Dajczinski hielt an die versammelte Sejmwalde eine Ansprache, worin er sie ermahnte, keine Unberufenen, und sei es auch ein General, in den Sejm einzulassen.

In der Presse wird heute das Rätselraten über die mutmaßliche Entwicklung der innerpolitischen Lage fortgesetzt. Wird die Sejmführung zustande kommen, wird der Landtag verlagert oder sogar aufgelöst? Am gestrigen späten Nachmittag fand in Warschau eine Reihe sozialistischer Massenversammlungen statt. Am Abend versuchten sozialistische Arbeiter, an mehreren Punkten der Stadt Kundgebungen zu veranstalten. Die Zeitungskonfiskationen werden fortgesetzt. Vom heutigen Leitartikel des sozialistischen „Robotnik“ steht nur die Überschrift: „Es lebe der Sejm der Republik“.

#### Verfassungsreform in Spanien

##### Übergang zum normalen Regime

W.D. Madrid, 5. Nov. (Tel.) Nach Schluß des gestrigen Kabinettsrates ist der Presse in einer offiziellen Note zur Lage mitgeteilt worden, daß die Diktatur den Übergang der Regierungsverwaltung auf ein normales Regime durchzuführen wolle, das ihr Wert garantiere und festige. Zu diesem Zweck sei eine Reihe von Maßnahmen angenommen worden, die das neue Regime vorbereiten. Der Ministerpräsident werde bis Ende dieses Jahres einen Aktionsplan prüfen, den er den Mitgliedern der Regierung und den patriotischen Verbänden vorlegen werde. Die Einberufung der Nationalversammlung werde auf Januar nächsten Jahres verschoben werden.

#### Die amerikanische Zollfrage

W.D. Washington, 5. Nov. (Tel.) In der gestrigen Senatssitzung wurde über eine Entschließung debattiert, in der Senator Vingham, einer der regulären hochpolitischen Republikaner, verdammt werden sollte, weil er den Vertreter der Fabrikanten des Staates Connecticut als seinen Sekretär angestellt und mit in die geheimen Beratungen des Tarifkommissars genommen habe. Mit 54 gegen 2 Stimmen, eine Abstimmung, die die Stärke der oppositionellen Koalition gut veranschaulicht, wurde schließlich die Entschließung angenommen. Senator Vingham erklärte trotz dieser ihn scharf beurteilenden Handlungsweise — der ersten Brandmarke eines Senators durch seine Mitgenossen seit 27 Jahren — sein Amt nicht niederlegen zu wollen.

#### Die Siegelbörser Schnellzugskatastrophe vor Gericht

W.D. Bielefeld, 5. Nov. (Tel.) Vor dem Erweiterten Schöffengericht begann heute die Verhandlung gegen den Oberbahnmeister Alfred Stuhlfath, den Rottenführer Georg Bolland und den 61-jährigen Oberbahnwärter Johann Keller wegen des Eisenbahnunglücks von Siegelborsdorf am 10. Juni v. J. Die Anklage gegen die drei Beschuldigten lautet auf 24 Vergehen der fahrlässigen Tötung, 118 Vergehen der fahrlässigen Körperverletzung und ein Vergehen der fahrlässigen Eisenbahntransportgefährdung. Zu der Verhandlung sind 150 Zeugen und 13 Sachverständige geladen. Der 100 Seiten starke Eröffnungsbeschluss gipfelt in der Annahme, daß die Ursache der folgenschweren Schnellzugsentgleisung die schlechte Weisanlage in der Station Siegelborsdorf war.

Gleichstellung in- und ausländischer Unternehmungen. Am 5. November tritt in Paris eine vom Völkerverbund einberufene Konferenz zum Abschluß eines internationalen Abkommens zusammen, das den ausländischen und inländischen Unternehmungen in den vertragschließenden Ländern die gleiche Behandlung zusichern soll. 40 Staaten, darunter 6 Nichtmitglieder des Völkerverbundes, werden vertreten sein. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland werden einen Beobachter entsenden.

### Gute Siedlungspolitik erfordert gute Verkehrspolitik

Von Dr. Franz Hoffmeister

Je weiter die Städte auf das Land hinauswachsen, desto schwieriger wird die Aufgabe, die großen Massen der dräuenden Wohnenden täglich zu ihren Arbeitsplätzen und von dort wieder nach ihren Heimstätten zu befördern. Von rein verkehrspolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet sind hier außerordentlich komplizierte Probleme zu lösen. Der Verkehr, der zu bewältigen ist, vollzieht sich meist nicht gleichmäßig den ganzen Tag über, sondern es findet am Morgen ein Zustrom von den draußen gelegenen Wohnungen zu den Fabrikanlagen und am Nachmittag oder Abend ein Rückstrom nach den Außenbezirken hin statt. Ein solcher einseitiger, zu bestimmten Stunden sich häufender, in anderen Zeiten fast vollkommen ruhender Verkehr ist überaus kostspielig, und doch darf gerade dieser Berufsverkehr nicht allzu stark verteuert werden. Wenn das Verkehrsproblem, das hier vorhanden ist, nur als solches behandelt wird, so erscheint es häufig fast unlösbar, denn die Bewältigung eines derartigen Massenverkehrs zu bestimmten Tageszeiten ist ohne öffentliche Zuschüsse vielfach kaum zu erträglichen Tarifen zu ermöglichen. Hier kann nur die Verbindung der verkehrspolitischen Gesichtspunkte mit siedlungspolitischen zu einer befriedigenden Lösung führen.

Betrachten wir die Dinge nun von der anderen, der Siedlungsseite her. Die Erstellung neuer Wohnungen ist um so kostspieliger, je näher die Baustätten den städtischen Mittelpunkten oder den Fabrikanlagen liegen. Nicht nur gesundheitliche Erwägungen sprechen also für eine Siedlung draußen auf dem Lande, in der weiteren Umgebung der Städte, sondern häufig auch Rücksichten auf die Kosten des Grund und Bodens, die sich natürlich in den Mietpreisen auswirken. Man kann, mit anderen Worten, draußen auf dem Lande oder an der weiteren Peripherie der Städte billiger bauen als dort, wo die Bodenpreislage dem Wohnungsneubau schon ihren Tribut auferlegt. Aber die Voraussetzung dieses billigeren Siedelns in weiterer Entfernung ist die Schaffung guter und schneller Verkehrsverbindungen. Wenn die Angestellten und Arbeiter, wie es häufig genug der Fall ist Stunden brauchen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, und wieder Stunden, um ihr Heim zu erreichen, so gleicht diese Verschwendung von Zeit und Nervenkraft die Vorteile des Wohnens im Freien wieder aus.

Dezentralisiertes Siedeln ist also nur dort möglich, und nur dort vorteilhaft, wo für schnelle und billige Verkehrsverbindungen zwischen Wohnstätten und Arbeitsstätten gesorgt wird. Wo daher Wohnsiedlungen außerhalb der Städte, in Wald und Feld, am Wasser oder in nahe gelegenen Dörfern angelegt werden, um die arbeitenden Menschen der Industrie wieder mit der Natur zu verbinden, da muß dem Wohnungsbau die Schaffung geeigneter und ausreichender Verkehrsmittel vorausgehen. Es ist auch durchaus falsch, wenn die kommunale Verkehrspolitik sich hier durch die Entwicklung der freien Siedlungstätigkeit ihre Maßnahmen vorschreiben läßt. Noch heute laufen die Dinge oft so, daß zunächst draußen in der Umgebung der Städte und Industrieorte gestreute Siedlungen entstehen, um deren Anschluß an den Verkehr sich niemand kümmert. Erst später, wenn durch die planlose Ansiedlung ein größeres Verkehrsbedürfnis entstanden ist, folgen die für die Verkehrsregelung verantwortlichen Stellen dann gewöhnlich der Verkehrsentwicklung, die sich bereits vollzogen hat, anstatt daß sie umgekehrt der Siedlungstätigkeit ihre Gestaltung durch Schaffung von Verkehrsangelegenheiten vorschreiben.

Die Umsiedlung der städtischen Bevölkerung aus den eng bebauten Mietskasernen in gesunde Heimstätten auf dem flachen Lande, die Auflockerung der viel zu dichten städtischen Siedlungen ist nur möglich, wenn durch eine zielbewusste, führende kommunale Verkehrspolitik der Siedlung die richtigen Bahnen gewiesen werden. Hier wirken leider nur zu häufig die kommunalen Begrenzungen als Hindernisse des Verkehrsfortschritts. Die Stadtwaltungen, die fortschrittliche Verkehrspolitik betreiben wollen, sehen sich hieran oft durch die Unmöglichkeit, auf Gebieten benachbarter Landgemeinden Verkehrsverbindungen zu schaffen, behindert.

Auf dem eigenen Gebiet der Städte fehlt es dagegen an Raum oder an für Siedlungszwecke geeignetem Boden. Man hat früher geglaubt, daß eine Lösung dieser Schwierigkeiten nur durch umfangreiche Eingemeindungen, durch Aufteilung der benachbarten Landkreise, also durch kommunale Neugliederung gefunden werden könne. Das ist nicht richtig, denn, wenn diese Beseitigung hemmender kommunaler Grenzen stattgefunden hat, ist in der Regel der beste Zeitpunkt für eine Neusiedlung bereits verpaßt. Was uns fehlt, ist ein frühzeitiges Zusammenwirken von Stadt und Land zur Schaffung einer gemeinsamen Boden- und Ansiedlungspolitik, mit der die Schaffung der notwendigen Verkehrseinrichtungen Hand in Hand gehen muß. Gelingt es, durch eine solche gemeinsame, vorausschauende Bodenpolitik, durch eine weitläufige Bodenvorratswirtschaft die Preise des Grund und Bodens, der in der weiteren Umgebung der Städte und Industrieorte für Neusiedlungen in absehbarer Zeit in Betracht kommt, niedrig zu halten, so kann der Wohnungsbau in erheblichem Maße verbilligt werden. Die Ersparnisse, die hierdurch bei der Festsetzung der späteren Mieten erzielt werden, können die Kosten der Schaffung guter Verkehrsverbindungen fast immer reichlich beden.

Es kommt also nur darauf an, daß die Gemeinde sich mit den Problemen der Siedlung vorausschauend befaßt, bevor die Bodenpreislage sich zu unheimlich gedrängt hat. Jede Gemeinde, die mit einer künftigen Ausdehnungsmöglichkeit rechnen, muß sich auch mit der Zukunftsgestaltung ihres Siedlungsraumes beschäftigen, und zwar nicht nur durch Planung, sondern durch vernünftige Bodenvorratswirtschaft, verbunden mit fortschrittlicher, der Siedlung die Wege weisender Verkehrspolitik. Nur da, wo vorstehende Bodenpolitik, gepaart



# Badischer Teil

## Aus dem Landtag

### Heute eine vorbereitende Sitzung

Der erste konstituierende Sitzung am morgigen Mittwoch, vormittags 11-Uhr wird am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr eine vorbereitende Sitzung vorausgehen, in der der Alterspräsident bestimmt wird. Alterspräsident ist der deutsch-nationale Abg. Fabrikant Gubernier, der im 69. Lebensjahr steht, bisher 2. Vizepräsident war und seit 1919 den Landtag angehört, während des jüngsten Mitglieds des Landtags der 30-jährige nationalsozialistische Abg. Leng ist.

### Beratungen der Sozialdemokratischen Partei

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Parteiaussschuß hielten am Samstag im Landtagsgebäude eine gemeinsame Sitzung ab. Über die Stellungnahme der Partei zur Regierungsbildung herrschte zwischen den beiden Körperschaften eine übereinstimmende Auffassung. Den weitaus größten Raum in den Besprechungen nahm die Erörterung der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes ein, und man vertrat den Standpunkt, daß auch Baden als in Not geratenes Grenzland vom Reich angefaßt und dementsprechend behandelt werden muß. Andererseits soll der neue Landtag das tun, was die schwachen finanziellen Kräfte Badens gestatten. Die Beratungen zogen sich bei einer kurzen Mittagspause den ganzen Tag hin.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion galt der Konstituierung. Es wurden einstimmig gewählt: E. Maier zum 1. Vorsitzenden, Häcker zum 2. Vorsitzenden, Reinbold zum 3. Vorsitzenden, Feibt zum Schriftführer, Graf zum Kassier.

## Einigung im ländlichen Genossenschaftswesen in Baden

Dank der Vermittlung und unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dietrich ist es in einer am Montag in Berlin abgehaltenen Besprechung zwischen den Beteiligten und im Einvernehmen mit der Badischen Zentralgenossenschaftsliste gelungen, die schon seit langem angebahnte Einigung im ländlichen Genossenschaftswesen in Baden zum Abschluß zu bringen. Vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungsorgane der zwei Genossenschaftsverbände in Karlsruhe und Freiburg wurde ein Abkommen beschlossen, nach dem zum 30. November die Vereinheitlichung durchgeführt werden soll. Dazu wird aus Berlin amtlich noch mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, und in Anwesenheit des Präsidenten der Preußentafel fand am Montag in Berlin eine gemeinschaftliche Sitzung des Verbandes Badischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften und des Genossenschaftsverbandes der Badischen Bauernvereine statt, in welcher die letzten Schwierigkeiten, die einem Zusammenschluß der beiden Verbände noch im Wege standen, beseitigt wurden. Nur ein Punkt, der in Karlsruhe zu entscheiden ist, blieb offen. Es darf nunmehr erwartet werden, daß die großen Opfer, welche vom Reich und der Preußentafel gebracht worden sind, um diesen Zusammenschluß zu ermöglichen, den endgültigen Beschluß der zuständigen Generalversammlung der beiden Organisationen beschleunigen werden, damit die badische Landwirtschaft endlich von dem ungesunden Daud der Unsicherheit frei wird, welche über diesen Kreisen bisher in Baden lag.

## Badischer Philologentag

Die 39. Landesversammlung des Badischen Philologenvereins wurde in Offenburg mit einer Sitzung der Vorstandsmitglieder und Vertretern aus allen Teilen des badischen Landes eröffnet. Dabei kamen interessante Fragen schul- und landespolitischer Art zur Erörterung. Es wurde in der Versammlung mit großer Einmütigkeit erneut der Wunsch geäußert, daß der Schuljahresanfang wieder wie früher auf den Herbst verlegt werde, nach den großen Ferien. Ferner wurde ein Bericht über die Blochmannsche Kalenderreform zur Kenntnis genommen und beschlossen, der Gesellschaft für die Blochmannsche Kalenderreform korporativ beizutreten. Schließlich wurde noch ein Referat erstattet über Katastrophenfälle in der Schule und ihre Behandlung durch die Presse. — Die Vertreterversammlung forderte in einer Entschließung, daß in dieser wichtigen Angelegenheit, an der auch die Öffentlichkeit stark interessiert ist, Mittel und Wege gefunden werden, die in einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen Schule und Presse eine objektiv unparteiische Berichterstattung und sachliche Aufklärung des Publikums sicherstellt, ohne daß die Phantasie jugendlicher suggestiv gereizt wird.

Am zweiten Tage nahm die öffentliche Mitgliederversammlung nach Begrüßungsansprachen des Vertreters des Ministeriums, Ministerialdirektors Dr. Huber, des Oberbürgermeisters von Offenburg und des Vertreters des badischen Philologenvereins, den Jahresbericht des ersten Vorsitzenden, Prof. Schnitzler, entgegen.

Der Redner berührte dabei verschiedene Probleme, die auch für die Öffentlichkeit von Interesse sind. Er wies im allgemeinen Teil mit Bedauern auf die in unserem Volke immer mehr sich breitmachende Zersplitterung hin, die das Vertrauen fördern und die Verständigung untergraben. Auch sei es Pflicht der Beamtenorganisation, der gegenseitigen Verständlichkeits entgegenzuarbeiten. Es müsse in diesem Zusammenhang auch die Forderung erhoben werden, daß die Befehle von Ämtern und Beamtenstellen allein Sache der Regierung bleibe, nicht solche der Parteien. Nicht Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, sondern Können und Wissen, Leistung und Persönlichkeit müsse maßgebend sein. Das sei ja auch in der Berufung festgelegt. Der Redner erhob die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, das Mitbestimmungsrecht der Städte bei Befehle von Beamtenstellen, das aus längst nicht mehr geltenden Vorverhältnissen stamme und seinen eigentlichen Sinn verloren habe, abzubauen. Heute führe dieses Recht zu ganz unerträglichen und unsachlichen Einflüssen und Einwirkungen von unberufenen Seite. Zu der Frage, ob Erparnisse auf dem Gebiet der höheren Schulen möglich seien, bemerkte der Redner, daß ein mechanischer Abbau des höheren Schulwesens unbedingt abzulehnen sei, da er die Leistungsfähigkeit der höheren Schulen schädige und herabdrücke. Der Abbau des Jahres 1924 ermuntere nicht zu weiteren Experimenten in Richtung einer mechanischen Sparreform. Nicht durch Heraufhebung der Klassenstärke könnten wirkliche Erparnisse erzielt werden, sondern dadurch, daß die höheren Schulen ihrer eigentlichen Aufgabe wieder zugeführt werden, nur die Schüler zu bilden und zu erziehen, die geistige Bildung suchen und Begabung und Veranlagung mitbringen und nicht lediglich Berechtigung erstreben.

Die Aussprache am Schluß der Tagung galt vorwiegend dem Problem der Neugestaltung der Oberrealschule, speziell dem Sprachenproblem. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt.

In einem zweiten Referat sprach Prof. Dr. K. Ott über gegenwärtige Fragen der höheren Schulen und forderte, daß ein Gleichgewicht hergestellt werde zwischen naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Auffassung und Arbeitsteil-

ung. Die Sprache, die auf den Oberrealschulen am besten das Sprachbewußtsein pflegt und gebe, sei die französische Sprache.

## Das Befinden des Prinzen Max

W.A. Konstanz, 5. Nov. (Tel.) Im Befinden des Prinzen Max von Baden ist eine Veränderung auch in den vergangenen Nacht nicht eingetreten. Der Prinz hat eine gute Nacht verbracht. Auch der gestrige Tag war den Umständen entsprechend gut. Bei der Schwere der Erkrankung besteht allerdings die Möglichkeit einer ernsten Wendung.

## Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose

Am Sonntag fand in Rastatt die Landesversammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose statt, zu der sich Vertreter von Staat, Kommune, von sämtlichen Zweigen des Versicherungswesens und Fürsorgewesens, der Ärzteschaft u. a. eingefunden hatten.

Die gemeinsame Sitzung des Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde von dem neuen Vorsitzenden des Verbandes, Präsident der Landesversicherungsanstalt, Rausch, mit ehrenden Reden für den verstorbenen Präsidenten Jung eröffnet. Den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht erstattete Geschäftsführer Professor Bergmann. Aus dem Bericht ging hervor, daß auch im Jahre 1925 die Tuberkulosesterblichkeit abgenommen hat, allerdings erheblich weniger als in den Vorjahren. Die Abnahme betrug nur 39 Sterbefälle gegenüber 444 im Jahre 1925. Insgesamt starben im Berichtsjahr noch 2296 Personen, d. h. 9,9 auf 10 000 der lebenden Bevölkerung an Tuberkulose gegenüber 4038 Personen, d. h. 18,3 auf 10 000 im Jahre 1913, also seit 1913 eine Abnahme von fast 50 Prozent. Im jugendlichen Alter sterben immer noch die meisten; auf das Alter von 15 bis 30 entfielen von den 2296 Todesfällen allein 800. Die stetige Abnahme seit den 90er Jahren, die nur in der Kriegs- und Inflationszeit unterbrochen werden konnte, steht in enger Verbindung mit der Entwicklung der badischen Industrie und der damit verbundenen wirtschaftlichen Verbesserung der Bevölkerung und der Zunahme der Wohlhabenheit. In enger Verbindung stehen auch die großartigen sozialen Einrichtungen und Fürsorge.

Der Landesverband hat bis auf wenige Amtsbezirke ein Netz von fachärztlich geleiteten Fürsorgestellen über das ganze Land gespannt. Neben der Seilfürsorge wurde seit 1. April 1925 in besonderer Weise die „nachgehende Fürsorge“ betrieben, welche sich der Kranken und Genesenen nach Rückkehr aus den Heilstätten annimmt. 2598 Personen wurden in Heilstätten, Krankenhäusern und Sanatorien untergebracht.

An diese Sitzung, die ohne jegliche Aussprache verlief, schloß sich sofort eine öffentliche Versammlung, in deren Mittelpunkt zwei Vorträge über die neuen Reichsrichtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung standen. Während Ministerialrat Dr. Winkelmuth vom Reichsarbeitsministerium die Ziele dieser Richtlinien erläuterte, die in der Bekämpfung der Volkskrankheiten und Hebung der Volksgesundheit liegen, stellte der ärztliche Leiter des Tuberkulosekrankenhauses Rastatt-Heidelberg, ord. Honorarprofessor Dr. Franzel (Heidelberg) sozialökonomische Betrachtungen zu den Fragen der Reichsrichtlinien an.

In einer kurzen Aussprache schnitt Stadtobermedizinalrat Dr. Geisler (Karlsruhe) die Notwendigkeit einer Hygienisierung der Arbeitsmethoden an. Die Anregung einer dezentralisierten, einheitlichen Fürsorge, soll einer Prüfung unterzogen werden. Mit dieser Zusage schloß der Vorsitzende die Tagung.

## Das Rheinische Wert und der Rheinwasserstand

Die Leitung der im Bau begriffenen Wasserkraftwerke von Kembs am Oberrhein hatte kürzlich die elsässische Presse zur Besichtigung der Bauarbeiten eingeladen. Daß nun das Unternehmen nicht so unbedenklich ist, wie es die Franzosen gewöhnlich darstellen, geht aus dem Bericht der gut nationalen „Straßburger Zeitung“ hervor:

Wenn das Wert, sagt das Blatt, in drei Jahren seine Stromlieferung aufgenommen haben wird, so wird es eines der größten seiner Art sein. Jede der sechs Turbinen kann 33 000 PS leisten. Die zusammengefaßte Leistung von rund 200 000 PS wird allerdings bei 15 Meter Gefälle und einer maximalen Wasserführung von 850 Kubikmetern schwerlich erreicht werden können. Treten nun noch Witterungsverhältnisse ein wie in diesem Jahre; unter denen der Rhein jetzt schon monatelang nur Niedrigwasser von knapp 400 Kubikmeter hat, wovon nur 350 den Turbinen zur Verfügung stehen, dann wird die erzielte Energieabgabe von 700 Millionen Kilowattstunden jährlich eine Verminderung von 30 Prozent haben, die sogar in normalen Jahren kaum im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. Die geringere Verminderung dauert verteuert aber bei einer Wasserkraftanlage mit Niedrigwasserdruck die Kosten des erzeugten Stroms viel stärker als z. B. bei Dampfkraftwerken. Ob es möglich ist, irgendwo ein Speicherbecken zu schaffen, das in diesem Maße die jahreszeitlichen Unregelmäßigkeiten in der Wasserführung auszugleichen, ist eine Frage, die im Rahmen dieser Betrachtungen nicht untersucht werden kann.

## Aus der Landeshauptstadt Der Rettungsdienst im Rheinstrandbad Rappenburg

In der vorigen Woche fand in Rierordbad auf Einladung von Vabadirektor Müller eine Besprechung über den Rettungsdienst in Rappenburg statt. Es nahmen u. a. teil Vertreter der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, der Polizeidirektion, der städt. Branddirektion und andere Hilfs- und Sportvereine sowie etwa 80 Rettungsschwimmer.

Wie Vabadirektor Müller mitteilte, betrug in diesem Jahre die eingeschriebene Zahl der Rettungsschwimmer 104. An manchen Tagen waren bis zu 50 Rettungsschwimmer tätig. Ständig anwesend waren 2 bis 3 Sanitäter, mehrere Ärzte und 4 bis 6 Bademeister. Es waren vorhanden: 4 Rettungsboote, 20 Rettungsrüstungen, 14 Rettungsringe und entsprechende Sanitätsausrüstung. Die Abtrennung des Nichtschwimmeranteiles erfolgte durch Bojen und Korkeisen.

Im nächsten Jahre soll der Rettungsdienst weiter ausgebaut werden, insbesondere der neu beschaffte Badausretter mit Wiederbelebungsapparat durch Personal der Berufsfeuerwehr, welches auch im Sanitätsdienst ausgebildet ist, Verwendung finden. Vabadirektor Müller hat bereits Personal ausgebildet und den Apparat verschiedentlich praktisch vorgeführt. Als weiteres Suchgerät soll eine Leine mit Eisenkugeln und Haken beschafft werden. Eine zweite Sanitätsstation soll direkt am Schwimmbecken errichtet werden. Mehrere Tragbojen werden an den verschiedensten Stellen untergebracht. Während des Badabetriebes sollen u. a. je 2 Rettungsschwimmer mit je 2 Booten ständig in der Längsachse des Schwimmbeckens bewegen. 30 Ausbreitzeuge im

Schwimmbecken sollen den nicht ausdauernden Schwimmern Stützpunkte bieten. 4 neue Rettungsboote sollen zwischen den Bühnen im Rhein stationiert werden. Die Beschaffung einer großen Schiffsglocke, von Signalpfeifen für jeden Rettungsschwimmer und von Flaggensignalen für Ärzte sind vorgesehen. Die Aufstellung eines Lautsprechers zur Durchgebung wichtiger Mitteilungen ist in Aussicht genommen.

In der sehr eingehenden Aussprache wurden auch die vorgeschlagenen Unglücksfälle besprochen. Im Einverständnis mit der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft soll ein Arbeitsausschuß gebildet werden.

Neue 50-Rpf. und Markstücke. Am 1. Dezember verlieren bekanntlich die 50-Rpf.-Stücke aus Aluminiumbronze ihre Gültigkeit, und ihre Einföhrung erfolgt von da an nimmend an den öffentlichen Kassen. Als Ersatz werden 274 Millionen neue 50-Rpf.-Stücke in den Verkehr gebracht, mit deren Ausprägung die deutschen Münzanstalten zur Zeit beschäftigt sind. Die neuen 50-Rpf.-Stücke bestehen aus reinem Nickel. Zur Zeit befinden sich 126 Millionen Münzen im Umlauf, so daß also nach In-Verkehr-Setzung der 274 Millionen neuen 50-Rpf.-Stücke im ganzen 400 Mill. im Verkehr sein werden. Einbezogen werden auch die 1- und 3-M.-Stücke aus dem Jahre 1924, deren Prägung teilweise nicht einwandfrei ist. Die eingezogenen Stücke werden durch neue, erstklassig ausgeführte ersetzt werden. Die alten 50-Rpf.-Stücke aus Aluminiumbronze werden im übrigen noch zwei Jahre lang von den Reichs- und Landesstellen in Zahlung genommen und dann endgültig eingezogen.

Das vierte Handelsfest in Karlsruhe. Wie schon früher kurz mitgeteilt wurde, wird das vierte Deutsche Handelsfest 1930 in Karlsruhe abgehalten. Es steht jetzt fest, daß das Fest in den letzten Tagen des Mai und in den ersten Tagen des Juni vor sich gehen wird. Es sind eine Oper- und mehrere Konzertaufführungen vorgesehen, wobei selten gehörte Werke Handels zur Wiedergabe gelangen werden. Eine Konzertaufführung soll im Residenzschloß stattfinden, wobei auch Werke der Zeitgenossen Handels zu Gehör gebracht werden.

Betriebsstörung. Am 4. November, kurz nach 19 Uhr, ist im Bahnhof Wülfingen beim Rangieren ein beladener Wagen mit beiden Achsen entgleist. Hierdurch wurden beide Hauptgleise bis 5. November, 3 Uhr morgens, gesperrt. Die Züge 321 und 327 Bretten-Karlsruhe, 318-731 Karlsruhe-Bretten wurden über Bruchsal geleitet. Der Anschluß von und nach den Unterwegsstationen Wülfingen und Wülfingen wurde mit Anschlußzügen und Kraftwagen vermittelt. Verletzt wurde niemand, auch ist der Sachschaden gering.

Ein großer Darlehens- und Unterschlagungsprozeß. Vor dem erweiterten Schöffengericht Karlsruhe begann am Montag der auf drei Tage berechnete Prozeß gegen den verheirateten 52 Jahre alten Kaufmann Heinrich Jakob Better, dessen Ehefrau Karoline Better geborene Marx und den 23 Jahre alten ledigen Kaufmann Richard Better, sämtliche aus Karlsruhe. Die Anklage lautet auf Vertrauensbruch und Unterschlagung in mehreren Fällen sowie Vertrauensbruch und Betrugs. Die Anklage legt Jakob Better zur Last, daß er in mehreren Fällen Forderungen, die er für ausländische Auftraggeber einzuziehen hatte, diesen nicht abgeführt, sondern für sich verwendet hat. Die Angeklagten bestritten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Heute, Dienstag, vormittag wurde in die Beweisaufnahme, zu der 24 Zeugen geladen sind, eingetreten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des hohen Druckes hatte Baden gestern vielfach heiteres Wetter, so daß der jetzt schon erheblichen Ausstrahlung im ganzen Lande mäßiger Nachtfrost und starke Frühnebelbildung folgten. Während im hohen Norden Zyklogen winterlicher Tiefe über den Nordatlantik nach dem Eismeer ziehen, liegt unser Gebiet unter einem, das Azorenhoch mit dem Uralhoch verbindenden Gürtel, hohen Druckes. Die Hochdruckwetterlage wird fortauern. Wetterausblick: Fortdauer des spätherbstlichen Hochdruckweters, verbreitete Nachtfroste.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	3. November	4. November
	Preis	Preis
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82
Kopenhagen 100 Kr.	111.88	112.10
Nykar 100 Kr.	21.865	21.905
London . . . 1 Pf.	20.364	20.404
New York . . . 1 D.	4.1745	4.1825
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09
Wien 100 Schilling	58.71	58.83
Brag . . . 100 Kr.	12.369	12.389

### Die Bankfusion in Karlsruhe

Wie aus der in der vorliegenden Nummer enthaltenen Anzeige ersichtlich, sind die Karlsruher Filialen der bisherigen Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, sowie Süddeutsche Disconto-Gesellschaft AG, Filiale Karlsruhe, nimmend unter der Firma: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, zusammengeschlossen. Die Betriebe werden am Donnerstag, den 7. November d. J., im Gebäude der bisherigen Rheinischen Creditbank, Kaiserstr. 90 (Ede Ritterstraße), räumlich vereinigt. Telefon Nr. 6000 bis 6008, Telegramm-adresse: Deutscherbank. Die Firma eröffnet in den Räumen der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG, eine neue Depositenkassen Hauptpost. Die Depositionskassen Bahnhofplatz (im Hotel Reichshof) und Mühlburg bleiben auch weiterhin bestehen. Des Amzuges wegen bleiben am Mittwoch, den 6. November 1929, nachmittags, sämtliche Schalter der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG, geschlossen.

Die Zusammenlegung der Banken bringt auch in Offenburg Veränderungen. Der Bankbetrieb im Gebäude der Rheinischen Creditbank wird aufgelöst. Die Büroräume der fusionierten Banken werden im Gebäude der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft sein. Die Bankdirektoren Hebe von der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, und Böker von der Rheinischen Creditbank, treten in den Ruhestand. Sieben Bankangestellte dürfen entlassen werden. Es sind in der Hauptsache jüngere Kräfte.

Rheinische Handelsbank AG, Mannheim. Die Gesellschaft, die der Mannheimer Regierung nahesteht, beantragt nimmend, laut Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ Liquidation (Aktientapital 505 000 RM.); im Vorjahre wurde bekanntlich ein Zwangsvergleich mit den Gläubigern geschlossen.

Der schweizerische Kohlenmarkt. Die schweizerische Kohleneinfuhr erreichte 1928 3 029 000 Tonnen gegen 2 997 000 Tonnen im Jahre 1927. Die wesentlichen Lieferanten waren: Deutschland mit 1 256 000 Tonnen, Frankreich und die Saar mit 1 081 000 Tonnen, Holland mit 211 000 Tonnen, Belgien mit 178 000 Tonnen, Großbritannien mit 176 000 Tonnen und Polen mit 117 000 Tonnen.

### Gemeinderundschau

**Schweinger Bürgermeisterwahl.** Bei der am Montag stattgefundenen Wahl zum Bürgermeister der Stadt Schweigen wurde Dr. Arthur Trautmann (Waldbühl), mit den Stimmen des Bürgervereins und der Mietervereinigung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums zum Bürgermeister gewählt. Auf Bürgermeister Trautmann entfielen 38 Stimmen, auf den Zentrumskandidaten Dr. Wolpert (Waldbühl) 15, auf den Sozialdemokraten Dr. Vogt (Schweigen) (Soz.) 12. 5 Zettel waren weiß.

**Der neue Oberbürgermeister von Lahr, Wolters,** ist in Lahr eingetroffen. Montag morgen fand die feierliche Verpflichtung des neuen Oberhauptes durch den Landeskommissar, Geheimrat Schwörer (Freiburg), statt. Daraufhin hat Oberbürgermeister Wolters die Dienstgeschäfte der Stadt übernommen.

**Bürgermeisterwahlen.** In Erdmannweiler bei Billingen fand der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl statt, nachdem der erste vom Bezirksamt für ungültig erklärt worden war. Von 187 abgegebenen Stimmen erhielt der bisherige Bürgermeister Besch 85, der Gegenkandidat, Ratschreiber Gög, 85. Besch ist somit wiedergewählt. — In Griesbühl (Amt Waldsbühl) wurde mit 210 von 348 Stimmen Schneidermeister Gustav Daber gewählt. Der bisherige Bürgermeister F. W. Kaiser erhielt 132 Stimmen. — In Wehlersbühl (Amt Waldsbühl) wurde bei 105 Wahlberechtigten der bisherige Bürgermeister G. Strässer mit 53 von 65 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

**Der Rechenschaftsbericht der Stadt Offenburg** für das Jahr 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 15 818,94 M ab. Die Ursache liegt bei der Fürsorgekasse. Diese erforderte gegenüber dem Voranschlag einen Mehraufschlag von 122 000 M infolge der großen Arbeitslosigkeit im letzten Winter. Die Mehreinnahmen verschiedener voranschlagsgemäßer Positionen brachten es mit sich, daß der Fehlbetrag verhältnismäßig gegenüber den Mehrausgaben der Fürsorge gering ist.

**Abgelehnter Voranschlag.** Der Bürgerausschuß Eppingen hat den unüberänderten Voranschlag 1929/30 mit 87 gegen 14 Stimmen abermals abgelehnt. Es wird nunmehr der Bezirksrat den Voranschlag festsetzen.

**Berlins Finanzen.** Die Stadt Berlin veröffentlicht das Ergebnis des Haushaltsjahres 1928/29 und den Verlauf der Einnahmen im ersten Halbjahr 1929. Das Haushaltsjahr 1928/29 schließt mit einem Defizit von 8 1/2 Millionen, d. h. weniger als 1 Proz. des Haushaltsolls von 880 Millionen ab, das in Ausgaben und Einnahmen etwa um 50 Millionen überschritten worden ist.

**Zweibrücken in Zahlungsschwierigkeiten.** Wie aus Zwei- brücken gemeldet wird, ist die Stadt gegen Monatsende in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ein Antrag der Stadt, ihr 100 000 M Vorschuß zu geben, wurde abgelehnt. Infolgedessen konnte einer großen Anzahl von Pächtern vorläufig das Gehalt nur zum Teil ausbezahlt werden. Geschäftsleute, die für die Stadt in den letzten Monaten Lieferungen aus- führten, haben überhaupt noch kein Geld erhalten können. Die Stadt hat sich schon vor geraumer Zeit um Hilfe an die Bayerische Regierung und an die Reichsregierung gewandt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**bd. Erzingen-Kirchen, 5. Nov.** Ein großes Autounglück ereignete sich am Montagabend, kurz vor 9 Uhr, am Bahnübergang Erzingen-Kirchen. Ein Lössbacher Personenauto, das mit 5 Personen besetzt war, wartete vor der geschlossenen Schranke auf die Durchfahrt des Kurzuges. Als nun die Schranke wieder geöffnet wurde und das Auto gerade die Gleise überfahren wollte, kommt aus der entgegengesetzten Richtung ein Güterzug herangebraust. Das Auto konnte nicht mehr schnell genug über die Gleise kommen und wurde von dem Güterzug erfasst. Sämtliche fünf Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, nur eine Frau kam unbeschadet davon, weil sie noch rechtzeitig vom Auto abspringen konnte. Der Führer und Beifahrer des Autos ist Kaufmann Schwarz aus Lössbach-Setten.

**bd. Baden-Baden, 4. Nov.** In Ergänzung der Meldung aus Kartung bei Singheim über den folgenschweren Ausgang von Familienstreitigkeiten wird mitgeteilt, daß nicht der 25jährige verheiratete Leopold Herr seinen Vater erschossen hat, sondern sein Sohn Karl.

**W.D. Baden-Baden, 5. Nov.** Der in Ravenna (Oberitalien) verhaftete Stadtrat und prakt. Arzt Dr. Hubner ist wieder in Freiheit gesetzt worden. Dr. Hubner zählt zu den angesehensten Ärzten der Stadt Baden-Baden. Seit zwei Jahren gehört er auch dem Stadtrat als Mitglied der Demokratischen Partei an. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Irrtums.

**bd. Regelsbühl, bei Lahr, 4. Nov.** Am Verfassungskongress war im Rathaus die Reichsfahne herabgerissen und beschädigt worden. Als Täter wurden zwei junge Leute ermittelt. Der Strafrichter beim Reichsamt beurteilte beide zu je 80 M.

**bd. Ettenheim, 1. Nov.** Die außerordentlich gute Zuckerrübenernte in unserem Bezirk ermöglichte es, daß in den letzten Tagen 2500 Zentner Zuckerrüben zum Preise von 1,50 M pro Zentner an die Zuckerfabrik Waghausel verladen werden konnten. Es feuerten bei Ettenheim 1100 Zentner, Ettenheimweiler 1000 Zentner und Altdorf 400 Zentner.

**bd. Schuttertal bei Lahr, 1. Nov.** Die „Lahrer Zeitung“ berichtet: Die hohe Steuer, die auf das Brennen von Kirchen angelegt ist, macht es für den Landwirt nicht mehr möglich, seine Erzeugnisse selbst zu brennen, weshalb ein großer Teil der Landwirte ihre Kirchen an Großhändlern verkauft. Die Käufer bezahlen 20—21 M für den Zentner.

Der 75jährige Bäckermacher Mag verübte an einer 64jährigen Greisin in Karlsruhe (Nordmähren) einen Luftmord. Eine zweite Frau wurde von ihm bei einem Vergewaltigungsversuch schwer verletzt. Der Täter war vor dem Umsturz in Deutschland wegen der Ermordung eines Offiziers zum Tode verurteilt worden, wurde jedoch später amnestiert und aus Deutschland ausgewiesen.

## Auf Grund der bekannten Fusionsbeschlüsse sind unsere Institute nunmehr unter der Firma Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

Filiale Karlsruhe

zusammengeschlossen. — Unsere Betriebe sind ab Donnerstag, den 7. November 1929

im Gebäude der bisherigen Rheinischen Creditbank Filiale Karlsruhe, Kaiserstrasse 90 (Ecke Ritterstr.) räumlich vereinigt. (Telefon Nr. 6000 bis 6008, Telegrammanschrift: Deutschbank). Gleichzeitig wird in den Räumen der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Filiale Karlsruhe, die neue

### Depositenkasse Hauptpost

eröffnet. Die Depositenkassen Bahnhofplatz (im Hotel Reichshof) u. Mühlburg (Rheinstraße 44) bleiben auch weiterhin bestehen. Des Umzugs wegen bleiben am Mittwoch, den 6. Novbr. d. Js. nachmittags sämtl. Schalter der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellsch. A. G., Fil. Karlsruhe geschlossen.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. Filiale Karlsruhe.

## Bad. Kommunale Landesbank

Girozentrale

Zweiganstalt Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs — Kreditungabe an den gewerblichen Mittelstand

368

## Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE

Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)  
Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag  
aus säurebeständigem Material  
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,  
Mauersteine

Maßstab wie

nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei Bildhauerei

Werkplätze — 250 Arbeiter

186

Beim Arbeitsamt Baden-Baden ist die Stelle des

### Vorsitzenden

neu zu besetzen; sie ist durch Tod erledigt worden. Die Besetzung erfolgt nach Gruppe A 2 c der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe M (XI) des Vergütungstarifs für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

### stellvertretenden Vorsitzenden

bei den Arbeitsämtern Ludwigsburg u. Heilbronn sind noch unbesetzt und sollen jetzt besetzt werden.

Die Besetzung in diesen beiden Fällen erfolgt nach Gruppe A 2 c evtl. A 3 der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe L (X) evtl. bei Ludwigsburg nach Vergütungsgruppe M (XI) des Vergütungstarifs der Reichsanstalt.

Bewerbungen um diese Stellen mit Lebenslauf, Bild und Zeugnissen sind bis spätestens 15. November d. J. bei dem Präsidenten des Landesamts für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Stuttgart, Hegelstr. 1, einzureichen.

Bei der Stadtgemeinde Breisach a. Rh. ist die durch Todesfall freigewordene Stelle des

### Stadtrechners

sofort neu zu besetzen. Besetzung erfolgt nach Gruppe VII bzw. VIII der alten Besoldungsordnung (IV c bzw. IV b der Landesbesoldungsordnung). Der planmäßigen Anstellung muß eine einjährige Probezeit vorausgehen.

Im Hinblick auf die Anforderungen an die Arbeitsleistung des Stelleninhabers kommt für die Besetzung nur eine dazu besonders befähigte, zuverlässige Kraft in Frage, die über die erforderlichen Kenntnisse im Verwaltungs- und Rechnungsdienst der Gemeinden verfügt.

Bewerber, die die Prüfungen für die Staatsbeamten oder für die badischen Gemeindebeamten mit Erfolg bestanden haben werden bevorzugt.

Bewerbungen unter Vorlage eines handgeschriebenen Lebenslaufes und von Zeugnissen wollen bei mir bis spätestens 20. November 1929 eingereicht werden.

Breisach, den 2. November 1929.

Der Bürgermeister.

934



884

## PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER

DOSENHEIM A. B. BREITZ

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKTBRUCH ERSTKLASSIGES

### STRASSENBAU-MATERIAL

Vergleichsverfahren.

§. 750. Bruchsal. Über das Vermögen des Paul Klein, Inhaber des Gutshauses Klein in Bruchsal, früher Franz Klein, Bruchsal wird am Mittwoch, den 30. Oktober 1929, vormittags 11 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Wanddirektor a. D. Stein in Bruchsal wird als Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf: Freitag, den 29. Nov. 1929, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. St., Zimmer Nr. 8.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst den Anlagen und dem Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 3 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, 30. Okt. 1929. Bad. Amtsgericht IV.

### Freihändiger Nadelholzverkauf

Forstamt Bonndorf, Montag, den 11. November 1929, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, z. n. 2080 fm.

Losverzeichnisse durch das Forstamt. §. 749

### Freihändiger Nadelholzverkauf

Forstamt Gerrenwies in Forbach (Baden), Freitag, den 15. November 1929, 4500 fm Nadelstammholz aller Klassen. Angebote sind bis spätestens am 15. November, nachmittags 5 Uhr beim Forstamt einzureichen. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Festung Forbach 15). §. 755

§ 743. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Ferdinand Nischheimer, Überhandlung in Karlsruhe, Müppurer Str. 2 a, wurde heute, nachmittags 5 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwält Kurt Emmerich, Karlsruhe, Kreuzstr. 31. Konkursforderungen sind bis zum 7. Dezember 1929 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-Ausschusses, zur Entscheidung über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Dienstag, den 26. November 1929, nachmittags 4 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Dienstag, 17. Dezember 1929, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. St., Zimmer Nr. 40. Der Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. November 1929 anzuzeigen.

Karlsruhe, 31. Oktober 1929 Geschäftsstelle des Amtsgericht A. 9.

### Badisches Landestheater

Mittwoch, 6. November

\* E. G. Th.-Gem. 3. S. G. 1. Hälfte

Zum erstenmal

Schwanda,

der Dodelschäpfer

Oper von Weinberger

Dirigent: Schwarz

Regie: Nuppenbecker

Mitwirkende:

Manl, Winter, Gspach,

Rainbach, Kiefer, Kaufm-

ter, Böfer, Rentwig, Der-

ner, Schuster, Bindemann,

Brödingen.

Anfang 20 Ende geg. 22<sup>1/2</sup>,

Preise C 1—7 (24)

Do., 7. XI.

Hurra, ein Junge.